

II-3020 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1504 J

1981 -11- 16

A n f r a g e

der Abg. Dr. ERMACORA, KRAFT

und Genossen

an den Bundesminister für LANDESVERTEIDIGUNG

betreffend Wehrdienstverweigerung während der Dienstzeit

Die Tageszeitung "Kurier" vom 16. Oktober 1981 berichtet von Wehrmännern, deren Gesuch auf Anerkennung der Verweigerung der Wehrpflicht von der Zivildienstkommission abgelehnt wurde und die daher Wehrdienst zu leisten haben. Im "Kurier" wird weiters berichtet, daß Soldaten unter Berufung darauf, sie seien Pazifisten, sich geweigert hätten, ihre Waffe entgegen zu nehmen. Die Betroffenen wurden strafgerichtlich verfolgt, ohne daß ihnen während ihrer Präsenzdienstzeit, dem Gesetz durchaus entsprechend, der Status eines Zivildieners eingeräumt worden wäre.

Der erwähnte Artikel wirft daher eine Reihe von Problemen auf: Was geschieht mit Personen, die sich beharrlich weigern, während ihres Militärdienstes, Dienst zu leisten? Sind solche Personen für den militärischen Betrieb überhaupt sinnvollerweise verwendbar? Bedeutet eine Mißachtung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Ableistung des Wehrdienstes nicht ein Nachgeben der Behörden, das den gesamten Dienstbetrieb in Frage stellen könnte?

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Landesverteidigung nachstehende

## A n f r a g e :

- 1.) In wie vielen Fällen weigerten sich in den Jahren 1980 und 1981 Soldaten, ordnungsgemäß Dienst zu leisten ?
- 2.) In wie vielen Fällen mußte von dem Mittel einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft Gebrauch gemacht werden ?
- 3.) Wie verhält sich die militärische Behörde gegenüber Personen, die wegen "militärischen Ungehorsams" strafgerichtlich verurteilt wurden ?
- 4.) Werden solche Personen vorzeitig entlassen ?
- 5.) Dienen solche Personen, dem Wehrgesetz entsprechend, nach, wenn sie zu unbedingten Haftstrafen verurteilt wurden ?
- 6.) Wieviele Personen wurden einer der in den Punkten 4 und 5 angeführten Maßnahmen im Laufe der Jahre 1979, 1980 und 1981 unterzogen ?